

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/1

5. Januar 1976

Opposition in der Strauß-Sackgasse

Differenzen zwischen CDU- und CSU-Führung nicht mehr zu verkleistern

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Unsere Aufnahmebereitschaft darf nicht erlahmen

Noch immer warten chilenische Häftlinge auf Hilfe zur Freilassung

Von Dr. Jürgen Schmaude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Seite 3 und 4 / 92 Zeilen

Dank an einen großen Sozialdemokraten

Die Partei nimmt Abschied von Karl Vittinghoff

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 5 / 42 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis

Seite 6 bis 8 / 107 Zeilen

Chiefsachbearbeiter: Dr. Eberhard Ebert

5300 Bonn 22, Hausstraße 2-16
Postfach: 128 028
Postanschrift: 1. Januar 217-084
Telefon: 37 05 37 - 10
Telefax: 37 05 38 - 49 ppen d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 05 11

Opposition in der Strauß-Sackgasse

Differenzen zwischen CDU- und CSU-Führung nicht mehr zu verkleistern

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Dilemma der CDU/CSU hat zu Beginn des Bundestagswahljahres 1976 noch deutlichere Konturen angenommen als bisher. CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf hat die Öffentlichkeit ziemlich unverhohlen - und sicherlich nicht ohne persönliche Genugtuung - wissen lassen, daß er die der Opposition vom CSU-Chef Franz Josef Strauß aufgezwungene totale Krisenstrategie zur Wiedererlangung der Macht in Bonn für gescheitert hält. Dem unheiligen Obstruktions-Apostel von Sonthofen dämmert zwar eine ähnliche Erkenntnis, doch sucht er sie noch zu verdrängen, wobei er sich fintenreiche Hilfskonstruktionen in Richtung FDP und neue Reizworte und Unterstellungen zu Lasten der SPD einfallen läßt.

Wie sich beide gegenseitig ans Leder gehen und zugleich die Kurve zur letzten Chance zu nehmen versuchen, ist ihren Interviews der letzten Tage zu entnehmen. Biedenkopf geht in seinen Äußerungen vom 3. Januar von einem fortschreitenden Wirtschaftsaufschwung in unserem Lande aus und sucht zu suggerieren - Flucht nach vorn ist die Parole -, daß diese Entwicklung "der Union außerordentlich willkommen" sei. Auf diesem Glatteis wagt er einen doppelten Salto mit dem Appell an Unlogik und Einfalt der Wähler, die Dauerhaftigkeit dieses Aufschwungs, die Rückgewinnung eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades und die wirksame Wahrung des Netzes der sozialen Sicherung, für die sich die sozial-liberale Koalition durch praktische Politik und ihre konkreten Ergebnisse qualifiziert hat, am 3. Oktober ausgerechnet der auf wirtschaftliche Krise und soziale Unsicherheit spekulierenden CDU/CSU anzuvertrauen.

Strauß, der bisher unumtritten wirkliche Chef der Opposition, ließ am 4. Januar im Deutschlandfunk erstmals Zweifel am Erfolg der von ihm propagierten und bis zum Exzeß praktizierten Krisenstrategie à la Sonthofen anklingen: Zu den großen Schwierigkeiten für die CDU/CSU, die Bundestags-

wahl 1976 zu gewinnen, zähle die Möglichkeit, daß "ein leichter Wirtschaftsaufschwung der SPD/FDP-Koalition über die Runden helfen" könnte. Doch egozentrischer Machthunger und ein Unfehlbarkeitsyndrom versperren dem CSU-Chef die tatsächliche Einsicht in das Scheitern seiner Krisenpropaganda. So verbindet er denn die Ankündigung einer Wahlkampfauseinandersetzung "im Grundsätzlichen" mit der erneuten Aufforderung an die Bundesregierung zum "Offenbarungseid" und mit der Fortsetzung unverantwortlicher Panikmache durch die Verwendung des bösen Reizbegriffe von einer nach dem neuerlichen Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition drohenden "zweiten Währungsreform".

Bei allen Gegensätzen zwischen Strauß und Biedenkopf gibt es doch die Gemeinsamkeit der letzten Hoffnung auf die FDP. Ihr gelten die schon grotesken Wechselbäder der beiden mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Offerten und Drohungen - wie schon einmal zu Kiesingers Zeiten gehabt.

Für den nicht gerade unwahrscheinlichen Fall, daß mit Agitation, Tricks, Maschen und Mätzchen kein Profil und kein Vertrauen und damit auch keine Mehrheit der Wähler zu gewinnen ist, hat Strauß vorsichtshalber - zu Kohl und Biedenkopf kommt er erst später - die ersten Schuldigen ausgemacht: Es sind die Journalisten in Presse, Funk und Fernsehen, die sich nicht zu Handlangern seiner Krisenpropaganda und Abwertungsstrategie gegenüber allen Leistungen und Verdiensten der sozial-liberalen Bundesregierung machen lassen. Ihnen wirft er verzerrende Berichterstattung vor, weil sie nicht bereit sind, die wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Realitäten und Zusammenhänge in seinem Sinne zu verzerren.

Die hier dokumentierten und analysierten jüngsten publizistischen Aktivitäten von Strauß und Biedenkopf machen überdeutlich, in welche Sackgasse sich die Opposition im Fahrwasser des CSU-Chefs manövriert hat. Aus ihr führen weder Nostalgie noch neue Varianten der Aggressivität, sondern nur nüchterne Selbstkritik und Rückbesinnung auf politische Redlichkeit und Verantwortungsbewußtsein bei der Wahrung der nationalen und internationalen Interessen unseres Landes heraus.

(-/5.1.1976/bgy/pr/z)

+ + +

Unsere Aufnahmebereitschaft darf nicht erlahmen

Noch immer warten chilenische Häftlinge auf Hilfe zur Freilassung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Das chilenische Regime, im September 1973 durch Putsch und Mord an die Macht gelangt, wird bei uns mit Recht hart kritisiert. Vor allem Sozialdemokraten haben es dabei an Deutlichkeit nicht fehlen lassen. Die kürzlich in einer deutschen Zeitung als Anzeige veröffentlichte Erklärung des Junta-Chefs General Pinochet zur UNO-Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte in Chile vermag unser Urteil nicht zu ändern. Seine weitschweifig gefaßten allgemeinen Erklärungen und das Fehlen konkreter Stellungnahmen zu den Vorwürfen der UNO bestätigen vielmehr den Wahrheitsgehalt der Beschuldigungen.

Scharfe Erklärungen gegen die chilenische Junta aber bleiben pathetisches Gerede ohne die Bereitschaft, den Opfern wirksam zu helfen. Das war es, was der aus Chile ausgewiesene Bischof Frenz den Delegierten des Mannheimer Parteitages der SPD am 13. November 1975 so eindringlich klarmachte, daß die Hörer seinen Worten bis zuletzt mit gespannter Aufmerksamkeit und zugleich Betroffenheit folgten. Ein jeder sah sich vor die peinliche Frage gestellt, ob in unserem Land wirklich alles getan wird, um chilenischen Häftlingen aus ihrer durch Folter und andere Mißhandlungen verschärften Haft durch Aufnahme zur Ausreise und Freiheit zu helfen.

Im internationalen Vergleich braucht sich zwar die Bundesrepublik ihrer bisherigen Leistungen für chilenische Häftlinge nicht zu schämen. Dabei geht es nicht nur um jene fahrenden Persönlichkeiten der Allende-Zeit, denen durch besondere Bemühungen deutscher Sozialdemokraten die Ausreise in die Freiheit ermöglicht wurde. In der Zahl beachtlicher sind die im Rahmen von zwei Aufnahmeaktionen von den Bundesländern erteilten Aufnahmezusagen für insgesamt 1.500 Personen, die zum größten Teil inzwischen ausreisen konnten. Weitere Chilenen haben ausserhalb dieser Aufnahmeaktionen ihren Weg in die Bundesrepublik Deutschland gefunden. Unser Land liegt damit im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe der Aufnahmeländer.

Noch aber warten zahlreiche Häftlinge in Chile darauf, das ihnen eine ausländische Aufnahmezusage das Gefängnistor öffnet. Die Junta selbst nannte im Juli 1975 eine Zahl von 3.000 politischen Häftlingen. Schätzungen unparteilicher Kenner der Verhältnisse in Chile liegen erheblich darüber. Angesichts dieser Zahlen einerseits und der seit Jahren bewiesenen Aufnahmekapazität der Bundesrepublik für ausländische Arbeiter will sich Befriedigung oder gar Stolz über die bisher gezeigte Aufnahmebereitschaft nicht einstellen. Die zuletzt mit den Bundesländern vereinbarte Aufnahmequote ist inzwischen nahezu ausgeschöpft. Es bedarf weiterer Zusagen, um wenigstens einen kleinen Teil jener Unglücklichen zu

helfen, die als Opfer des chilenischen Regimes mehr brauchen als unser Verdammungsurteil über die Junta. Erfreulich ist, daß der stellv. SPD-Vorsitzende, Bremens Bürgermeister Hans Koschnick, schon auf dem Mannheimer SPD-Parteitag spontan Hilfe zugesagt und dies für die sozialdemokratisch geführten Länder bereits öffentlich bekräftigt hat. Diese Großzügigkeit sollte aber für alle Länder beispielgebend sein, damit es zu einer schnellen und wirkungsvollen Erweiterung der Aufnahmeaktion kommen kann. Jeder muß wissen, daß kleinliches Zaudern die Verlängerung der Leiden der Betroffenen unmittelbar zur Folge hat.

Das gilt auch für das von dem von der chilenischen Junta aus dem Lande vertriebenen Bischof Frenz in Mannheim angesprochene Verfahren der Sicherheitsüberprüfung. Zum Glück ist seine Befürchtung unberechtigt, daß bei dieser Überprüfung mit Unterlagen gearbeitet werde, die die Militär-Junta in Chile vorbereitet hat. Tatsächlich bestehen in Sicherheitsfragen keine Verbindungen zwischen deutschen und chilenischen Stellen. Die in Chile auf andere Weise eingeholten Informationen über die zur Aufnahme anstehenden Personen sind allerdings zumeist so lückenhaft und unbestimmt, daß sie kein gesichertes Urteil zulassen. Das gilt nicht zuletzt für die Bewertung der in Chile gefällten Strafurteile. Diese im Zuge einer politischen Unterdrückungskampagne ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren erfolgten Bestrafungen lassen allenfalls erkennen, wessen das chilenische Regime den Verurteilten beschuldigt, nicht aber, ob er wirklich eine Straftat begangen hat.

Zudem sind unsere üblichen Maßstäbe nicht geeignet, das Aufbegehren von Menschen in Chile gegen ihre Regierung zu bewerten. Dort handelt es sich in den meisten Fällen um jenen Widerstand gegen ein Unrechtsregime, den wir rückblickend in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft nur zu selten vermerken können. Widerstand in Chile, auch wo er mit Gewalt verbunden war, läßt keine Schlußfolgerungen auf das Verhalten zu, das nach Aufnahme in der Bundesrepublik von einem Chilenen zu erwarten wäre. Großzügigkeit ist also auch bei der Sicherheitsüberprüfung geboten. Bedenken müssen auf die wenigen Fälle beschränkt bleiben, in denen auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse mit Gewalttätigkeit oder krimineller Aktivität des Betroffenen auch unter den Lebensbedingungen unseres Landes zu rechnen ist. Ohnehin sieht die große Mehrzahl der westeuropäischen Staaten von Sicherheitsüberprüfungen bei der Aufnahme chilenischer Häftlinge ganz ab.

Nur mit Betroffenheit kann man die Haltung eines prominenten Christdemokraten aus Schleswig-Holstein zur Kenntnis nehmen, der sich gegen die Aufnahme von Chilenen mit der Begründung verwahrte, Anhänger des früheren Präsidenten Allende könnten sich hier "möglicherweise" politisch im "marxistisch-leninistischen Sinne" betätigen. Diese Auffassung geht nicht nur von falschen Maßstäben aus, sie spottet auch jener Humanität, die unsere weitere Aufnahmebereitschaft mit dem großen moralischen Gewicht fordert, das Bischof Frenz dem Mannheimer Parteitag anschaulich gemacht hat.

(~/5.1.1976/bgy/pr/e)

Dank an einen großen Sozialdemokraten

Die Partei nimmt Abschied von Karl Vittinghoff

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Rampenlicht der Politik hat ihn nie gereizt. Die Repräsentation überließ er anderen. Karl Vittinghoff, Vorsitzender der Hamburger SPD von 1952 bis 1966, ist 76jährig in Hamburg gestorben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat guten Grund, eines großen Sozialdemokraten zu gedenken.

An Männer wie Karl Vittinghoff erinnert man sich, wenn man von Solidarität spricht. Er personifizierte die Grundwerte, die Tradition und die Kraft der deutschen Sozialdemokratie. Der ehemalige Vorsitzende der Hamburger SPD war eine der markantesten Persönlichkeiten im politischen Leben der Hansestadt. Als er 1952 zum erstenmal zum Vorsitzenden der SPD in Hamburg gewählt worden war, kam Karl Vittinghoff direkt von der Werkbank. 1918/19 trat er zuerst in die SPD und dann in die Gewerkschaft ein. Beiden Organisationen hat er bis zum 1. Januar 1976 unermüdlich gedient.

Karl Vittinghoff war Wehlhamburger. Geboren in Frankfurt/Main kam er nach einer Zwischenstation im Ruhrgebiet als Arbeiter nach Hamburg. Dort verdanken ihm die Hamburger nicht nur zahlreiche lokale Einrichtungen und die Hamburger Sozialdemokraten nicht nur die Fertigstellung ihres Domizils im Kurt-Schumacher-Haus. Die Hansestadt und die SPD verdanken ihm wesentlich mehr. Karl Vittinghoff war es, der in Hamburg und darüber hinaus unermüdlich dafür kämpfte, daß die Grundwerte der Sozialdemokratie im Ringen um tagesspolitische Entscheidungen nicht untergingen. Für ihn war Politik mehr als Beratung und Beschlußfassung zu Sachproblemen. Die Wohlfahrt der Menschen stand im Mittelpunkt seiner Arbeit. Er war es auch, der zu jeder Zeit mit Entschlossenheit jene Unterschiede zwischen Sozialisten und Kommunisten aufzeigte, die nicht überwindbar sind.

Karl Vittinghoff war hart gegen sich selbst und hart in der Sache. Aber nicht nur viele Hamburger werden sich in diesen Tagen an einen Karl Vittinghoff erinnern, zu dem sie mit jeder Sorge und jedem Anliegen kommen konnten. Ich gehöre zu ihnen. Die gute Erinnerung an die Zusammenarbeit mit Karl Vittinghoff in der Zeit, als Hamburg, Bremen und Nord-Niedersachsen noch eine Organisationseinheit der SPD waren, wird jetzt wieder wech, da die Bremer Sozialdemokraten gemeinsam mit den Hamburgern um einen Mann trauern, der zu den Großen der deutschen Sozialdemokratie zählt.

(-/5.1.1976/bgj/pr/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis

1976 begann als "Adenauer-Jahr": Ausstellungen, Bücher, Artikelserien, Filme über den "Alten" anlässlich dessen 100. Geburtstag am 5. Januar zuhauf. Der SPD-Pressedienst will sich der Übung nicht entziehen. Er veröffentlicht eine fünfteilige Dokumentation über einen Aspekt der Ära und des Agierens Adenauers, der im Zentrum des Interesses an jenem Ausschnitt deutscher Geschichte steht: "Die deutsche Frage und des Ost-West-Verhältnis".

Konrad Adenauers unbestreitbares historisches Verdienst ist und bleibt die Aussöhnung mit dem Westen, besonders mit Frankreich, und die Wiedergutmachung an Israel, sowie damit verbunden das durch ihn für das deutsche Volk erworbene Ansehen und Vertrauen in der Welt, jedenfalls der westlichen Welt. Diese Dokumentation soll Adenauer also nicht herabsetzen, sondern bezweckt in der Hauptsache, auf die Unredlichkeit der heutigen CDU/CSU in der deutschen Frage und in den Ost-West-Beziehungen hinzuweisen. Diese Unredlichkeit wird überdeutlich, wenn man an Konrad Adenauers Politik eben jene Maßstäbe anlegt, mit denen die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition tagtäglich von der Opposition gemessen wird. Wenn Adenauer dabei schlechter wegkommt als die Bundeskanzler nach 1969, so kann dies nur diejenigen empfinden, die den 100. Geburtstag des ersten Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland zum Anlaß von Heldenverehrung oder gar Heiligenkult nehmen, wie etwa jene Untergliederung der Jungen Union, die vorschlug, beim Heiligen Stuhl in Rom die Seligsprechung Adenauers zu beantragen.

Um sich ein Bild von dem zu machen, was gemeint ist, stelle man sich einmal vor, in der Woche nach dem "Spiegel"-Bericht über Zwangsadoptionen in der DDR wäre - mutandis mutatis: statt Adenauer Bundeskanzler Schmidt und statt Sowjetbotschafter A. Smirnow Michael Kohl - ein Kommuniqué erschienen wie jenes, das am 17. August 1961, also vier Tage nach der brutalen Absperrung Ost-Berlins durch die DDR, im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht wurde: "Der Bundeskanzler versicherte, daß er alles vom Botschafter Vorgetragene sorgfältig prüfen wird und wird seinerseits darauf hin, daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern. Der Bundeskanzler nahm die Gelegenheit wahr, um Botschafter Smirnow seine Auffassung über die Lage in Berlin darzulegen". Nicht auszudenken das Zetergeschrei, das die Strauß, Kohl, Carstens, Dregger, Marx, Abelein und ihre publizistischen Götter wie Kremm, Boenisch, G. Löwenthal anstimmen würden, übte ein SPD-Bundeskanzler heute ähnlich eiskalte Staaträson.

Konrad Adenauer ging damals noch weiter. Er rechtfertigte sein "mehr als einstündiges Gespräch" mit Smirnow am 18. August 1961 auf einer Wahlkundgebung in Essen (Quelle: K. Adenauer, Reden 1917-1957. Eine Auswahl,

hreg. v. H.-P. Schwarz, Stuttgart 1975, S. 427 f.; künftige nur als "Reden" zitiert) mit folgenden Worten: "Es mag etwas auffällig gewesen sein, daß ich gerade einige Tage, nachdem das in Berlin passiert ist, eine solche Unterredung gehabt habe. Aber, meine Damen und Herren, ich habe die Frage Berlin natürlich bei ihm zur Sprache gebracht; er hat mehr über die allgemeine Weltlage gesprochen. Das Gespräch verlief ohne jede Schärfe, und ich glaube, es war richtig von mir, daß ich seiner Bitte um ein Gespräch nachgekommen bin, auch zu diesem Zeitpunkt (Starker Beifall). Meine Damen und Herren, ich bin - und mit mir sind es wohl alle diejenigen, die die Dinge näher kennen - eigentlich doch sehr berührt dadurch, daß die Sowjetunion, die ja die führende Macht des Ostblocks ist, diese Aktion durch Ulbricht hat starten lassen. Aber diese Aktion - auch das muß man einmal aussprechen, darüber muß man mal nachdenken - hat auch einige gute Seiten (sic). Sie hat gezeigt, und hat der ganzen Welt gezeigt, daß wir nicht die Militaristen sind, wie immer behauptet wird, sondern daß die Kommunisten in der Sowjetunion die Militaristen sind (Starker Beifall)."

Das sagte der Chef einer Regierung, die den "Brüdern und Schwestern in der Zone" immer wieder geraten hatte, auszuharren, denn der Tag der Einheit werde kommen; man denke an Adenauers Worte auf dem 1. Bundesparteitag der CDU am 20. Oktober 1950 in Goslar: "Harret aus und hofft auf uns. Wir werden wieder zusammenkommen" (Reden, S. 191) oder an seinen beim Begräbnis der Opfer des 17. Juni 1953 abgelegten Schwur "für das gesamte deutsche Volk" (Bulletin, Nr. 116/1953): "Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten - diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk -, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit."

Derselbe Adenauer sieht in der "Aktion", die Trauer und Verzweiflung mit sich bringt und zu den Todesstürzen in der Bernauer Straße und zum Verbluten Peter Feichters führen wird, auch "einige gute Seiten". Man könnte über solche Unbegreiflichkeit den Mantel des Vergessens breiten, wenn die heutige Opposition nicht immer wieder versuchte, die berechtigte Empörung über Mauer, Schießbefehl, Fluchthelferprozesse usw. gegen die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung auszunützen.

Am 14. August 1961, einen Tag nach der Absperrung Ostberlins, meinte Adenauer auf einer Wahlkundgebung in Regensburg: "Wenn die ganze Frage mit Sowjetrußland nicht in Ordnung kommt, dann wird höchstwahrscheinlich eines Tages der Zeitpunkt gekommen sein, da ein vollständiges Embargo von allen NATO-Partnern über den Ostblock verhängt wird.... Dann haben wir eine Waffe gegen den Sowjetblock auf dem Felde, auf dem wir unendlich viel stärker sind als der Sowjetblock, auf dem wirtschaftlichen Gebiet" (Reden, S. 414 f.). Ähnlich am 18. August 1961 in Essen: "Diese Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet müssen in der richtigen Reihenfolge angewandt werden, und sie müssen im richtigen Augenblick beginnen, nicht zu früh, aber auch nicht zu spät. Der Ostblock - davon bin ich zutiefst überzeugt - würde empfindlich von diesen Maßnahmen getroffen werden, und der Aufbau Sowjetrußlands würde durch

diese Maßnahmen stark gedämpft, wenn nicht unmöglich werden" (a. a. O., S. 426 f.).

Die in diesen Erklärungen suggerierte Illusion, die Sowjetunion werde unter wirtschaftlichem Druck des Westens in der deutschen Frage Konzessionen machen, löste die Illusion ab, die "Politik der Stärke" werde zum Erfolg führen, eine Politik, die von Adenauer etwa so formuliert worden war: "Erst wenn der Westen stark genug ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze verklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien" (Interview mit E. Friedländer vom 5. März 1952, vgl. Bulletin Nr. 27/1952). Oder am 18. Oktober 1952 auf dem Parteitag der CDU in Berlin: "Wir sind mit unserer Politik auf dem einzig möglichen Wege und auf dem erfolgversprechenden Wege: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeizuführen, Europa, seine Kultur und seine christlichen Grundlagen für die europäischen Völker und für die Welt, die dieses Europa braucht, zu erhalten. Wir werden diesen Weg klar und folgerichtig weitergehen. Wir werden Berlin von seiner Unklammerung befreien. Wir werden ihm und allen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang Freiheit und Frieden bringen, auf daß in ganz Deutschland dann wieder herrsche Einigkeit und Recht und Freiheit" (Reden, S. 288).

(Fortsetzung folgt am 6. Januar 1976)

• • •

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller